



Tribüne

Teure Medizin mit Nebenwirkungen

Steuergutschriften sind keine Alternative zum bewährten schweizerischen Sozialhilfe-System.

Markus Kaufmann

Wie lässt sich Armut am wirkungsvollsten bekämpfen? Diese Frage beschäftigt seit jeher Gesellschaft und Politik. Im Rahmen des Nationalen Programms «Gegen Armut» hat der Bundesrat in den letzten Jahren Massnahmen in unterschiedlichen Bereichen erarbeiten lassen. Nicht berücksichtigt wurde dabei das System der Steuergutschriften, übrigens eine Variante des garantierten Grundeinkommens, das seit mehreren Jahrzehnten in den USA existiert. Mitte November erschien im «Bund» ein Artikel über eine neue Studie, die zum Schluss kommt, dass Steuergutschriften in besonders armen Quartieren in den USA besser wirken als andere Formen der Unterstützung. Als Reaktion wurde im basel-städtischen Grossen Rat bereits ein Vorstoss eingereicht mit dem Ziel, Steuergutschriften auf kantonaler Ebene zu prüfen.

Schon vor einigen Jahren hat sich eine Expertengruppe von Ökonomen unter Leitung des renommierten Berner Professors Robert E. Leu mit dem Thema befasst. Sie verfasste 2007 einen Bericht im Auftrag des Eidgenössischen Finanzdepartements. Die Experten kamen zum Schluss, die Rahmenbedingungen für ein solches System seien in der Schweiz ausgesprochen ungünstig. Steuergutschriften rechnen sich nur dann, wenn das Unterstützungsmassiv unter das Niveau der sozialen Existenzsicherung abgesenkt würde. Die Nachfrage nach Geringqualifizierten sei zudem gering, strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sorgten für einen starken Rückgang des Niedriglohnssektors. Weiter

rechneten die Experten wegen der breiteren Inanspruchnahme von Steuergutschriften mit massiven Mehrkosten. Dies, weil Haushalte, die bisher keinen Anspruch auf Sozialtransfers hatten, neu davon profitieren könnten. Dieser Effekt würde sich auch negativ auf die Erwerbsquote auswirken.

Seit diesem Befund aus dem Jahr 2007 hat die Zahl der Arbeitsstellen für Niedrigqualifizierte nochmals deutlich abgenommen. Das Fazit ist aus heutiger Sicht deshalb noch deutlicher als vor zwölf Jahren: Steuergutschriften verfehlen unter den gegebenen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen und arbeitsmarktlichen Gegebenheiten ihre Wirkung.

Beim Bezug auf Studien aus den USA dürfen die grundlegenden Unterschiede zum schweizerischen System nicht übersehen werden. Dort zahlt die Sozialhilfe (TANF) im Durchschnitt circa 400 Dollar für eine dreiköpfige Familie (ein Elternteil plus zwei Kinder). Das für die schweizerische Sozialhilfe zentrale Ziel, die leistungsbeziehenden Haushalte über die absolute Armutsgrenze zu heben, wird in den USA bei weitem verfehlt, ja nicht einmal angestrebt. Die Schweizer Experten empfahlen vor zehn Jahren statt Steuergutschriften eine flächendeckende Umsetzung von Erwerbsanreizen im bestehenden System der Skos-Richtlinien. Heute kennen denn auch praktisch alle Kantone einen Einkommensfreibetrag. Das bedeutet: Personen, die arbeiten, aber trotzdem von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen, dürfen einen Teil des Lohnes behalten und sind damit besser gestellt als ohne Erwerb.

Aus der zitierten amerikanischen Studie können aber sehr wohl Anregungen für die Schweiz abgeleitet werden. Erstens gilt es, Vererbung von Armut zu verhindern. Deshalb empfehlen die Autoren Investitionen in Kinder und Jugendliche mit früher Förderung. Hier tut die Schweiz schon viel, könnte aber noch mehr machen. Insbesondere braucht es mehr bezahlbare Kita-Plätze. Zweitens braucht es Investitionen in Bildung, auch für Armutsbetroffene. Mit der Motion «Arbeit dank Bildung» von FDP-Nationalrat Kurt Fluri könnten die Anstrengungen von Kantonen und Gemeinden in diesem Bereich deutlich ausgebaut werden. Und drittens braucht es Massnahmen, um Schweleneffekte rund um die Sozialhilfe zu verhindern. Eine Steuerbefreiung von tiefen Löhnen sowie Prämienverbilligungen auch für Haushalte des unteren Mittelstandes können dazu beitragen.

Das Armutsniveau ist in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern relativ tief und die Erwerbstätigenquote relativ hoch. Das verdanken wir unserem System der sozialen Sicherheit, welches auf Integration in den Arbeitsmarkt setzt und mit der Sozialhilfe ein Auffangnetz bietet, das extreme Armut und Obdachlosigkeit verhindert. Wir sollten dieses Erfolgsmodell weiterführen – zusammen mit den Armutsbetroffenen und nicht gegen sie.

Markus Kaufmann ist Geschäftsführer der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos).